

habe sehr oft die ungeheure Dankbarkeit erwähnt, die wir den Makkabäern schulden.

Wenn ich dieses Büchlein schrieb, dann nicht, weil *mich* eine besondere Vorliebe zu Israel bewegt hätte, sondern weil ich als eifriger Bibelleser seit 60 Jahren unwillkürlich erstaunt war über die ganz besondere Liebe, die der gemeinsame Vater dem ältesten Sohn gegenüber beweist. Wie sehr wünsche ich, daß zwischen ihm und uns endlich jede Unterscheidung verwischt werde und daß Israel, dem die ganze Welt als Erbteil versprochen worden ist, nach dem Wort von Jesajas 49, 20 endlich merke, daß ihm die Stätte zu eng ist. Angustus est mihi locus, fac spatium mihi!

8c) Wirklich „Antigermanismus“?

Ein offener Briefwechsel über „Israel und die Deutschen“

Sehr geehrter Herr Dr. Haerdter,

Sie werfen in Nr. 136 der „Gegenwart“ die Frage auf, ob von jüdischer bzw. israelischer Seite ein „Antigermanismus“ (so der Titel) an die Stelle des Antisemitismus der Deutschen getreten sei. Schon der Umstand, daß die Redaktion mir Ihren Aufsatz in drei Exemplaren als eine ihr bes. wichtige konstruktive Stellungnahme zum Thema zusendet, verpflichtet mich, darauf zu antworten. Vollends erscheint mir solche Antwort gerade an Sie sinnvoll, weil ich Ihnen noch heute für Ihre gleich anfangs in ebenderselben „Gegenwart“ veröffentlichte Formulierung zur *Schuldfrage* „der Deutschen“ (und wahrlich nicht nur der Deutschen) dankbar bin, wonach nicht bloß jeder, der irgendwann für einen Hitler eintrat, Anlaß habe, sich ganz persönlich schuldig zu fühlen, vielmehr auch wir, für die das nie galt, uns vorzuwerfen hätten, daß wir nicht noch mehr Widerstand geleistet haben.

Gerade weil ich das heute weniger denn je vergessen und an keiner kommenden Fehlentwicklung durch solches Vergessen mitschuldig werden will, schreibe ich Ihnen das Folgende. Und zwar als einer, den gründliche Gewissensprüfung und langjähriges, nüchternes Studium geschichtlicher Zusammenhänge dazu führten, als Christ den jüdischen Standpunkt 1. gegenüber „den Christen“ und darum auch 2. gegenüber „den Deutschen“ heute besser zu verstehen als noch vor fünf Jahren, wo ich in diesen Fragen z. T. ähnlich irrte, wie Sie mir heute zu irren scheinen.

I.

„Auge um Auge“

Ich beginne mit dem, was mir hierbei objektiv am wichtigsten zu sein scheint, obwohl es auf den ersten Blick nur lose mit der hier diskutierten Rechtsfrage zusammenhängt. Angesichts der Deutschlandpolitik Israels und des jüdischen Weltkongresses fragen Sie: „Atmet diese Politik also den Geist der Rache, des alttestamentarischen „Auge um Auge, Zahn um Zahn“?“

Nun, diese Formel ist in den mosaischen Kodex aus dem „gemeinen Recht“ des Vorderen Orients übernommen worden (Lev. 24, 20), wie etwa zahllose Formeln aus dem „gemeinen Recht“ Spätroms in mittelalterliche und neuzeitliche Gesetzbücher übernommen wurden. So sinnwidrig wie es wäre, den römisch-rechtlichen Privateigentumsbegriff als „preußisch“ zu bezeichnen, weil Spuren davon im friderizianischen preußischen Landrecht zu finden sein mögen, so sinnwidrig ungefähr ist es, vom alttestamentarischen „Auge um Auge“ in Gleichsetzung mit einem „Geist der Rache“ zu sprechen. Das *wirklich* alttestamentarische Gottesgebot lautet vielmehr: „Du sollst dich nicht rächen“ (Lev. 19, 18). Dieses ist das moralische Gebot des Gottes Israels, das Jesus von Nazareth in der Bergpredigt erneuert, nicht erfunden hat; „Auge um Auge“ ist die zeitentsprechende Rechtsregel, die so wenig zu entbehren war, wie je irgend eine abendländische Rechtsordnung Strafrechtsregeln entbehren und durch das „Die andre Backe hinhalten“ der Bergpredigt ersetzen konnte. Was ich hier sage, hätte der christliche Religionsunterricht aller Konfessionen schon längst jedem Kinde bzw. Jugendlichen einprägen sollen, um dem für die Christenheit schmähligen Gebrauch des Wortes „alttestamentarisch“ im abschätzigen Sinne vorzubeugen und die (von Paulus im Römerbrief 2, 28 bezeugte und von Hitlers Haß nur zu hellsehtig erspürte) Identität des im besten Sinn Jüdischen mit dem im besten Sinn Christlichen festzuhalten. Dann hätten auch Sie die zitierte Wendung, deren „alttestamentarisch“ zwangsläufig nur als „typisch jüdisch“ im

schlechten Sinn verstanden werden kann, nie geschrieben. Wie es auf den unterrichteten jüdischen Leser wirken muß, macht man sich vielleicht am besten klar, wenn man sich überlegt, wie ein deutscher Leser es empfinden würde, wenn er in einer französischen Zeitung angesichts der Politik der Bundesregierung in Sachen der Saar die Frage lesen müßte: „Atmet also diese Politik den Geist des staufisch-friderizianisch-bismärckischen Imperialismus, der traditionellen Parole „Was ist des Deutschen Vaterland? ... Soweit die deutsche Zunge klingt...“, d. h.: Jeder Fußbreit Boden, wo eine deutsche Mundart gesprochen wird, muß in ein und demselben Staatsverband mit allen übrigen zusammengeschlossen sein?“

II.

Kollektivschuld?

Aber ist denn die Deutschland-Politik Israels und des Jüdischen Weltkongresses in einem Atem mit derjenigen deutschen Politik zu nennen, die demokratische Rechte für die Saarbevölkerung verlangt? Vertauscht sie nicht vielmehr, wie Sie schreiben, „die Rollen und setzt an die Stelle des Antisemitismus der Deutschen einen praktizierten *Antigermanismus* der Juden oder doch der israelischen Politik? Schließt die Tatsache, Deutscher zu sein, bereits ein Schuldphänomen in sich...?“

Zum letzten zunächst: Ist es zu viel verlangt, daß, wer heute dieses heikelste aller deutschen Probleme behandelt, zur Kenntnis nimmt, was wiederholt in der jüdischen Presse auf deutschem Boden zu lesen war (im Berliner „Weg“ z. B. am 11. 8. und am 22. 9. 1950, von da übernommen in unserm Freiburger „Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und dem Neuen Gottesvolk“ Nr. 8/9, S. 29 und Nr. 10/11, S. 25 f.), daß nämlich das *Parlament Israels* eine deutsche „Kollektiv-Schuld“ ausdrücklich (fast einstimmig) *abgelehnt* hat, indem es allen Deutschen, die mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hatten, die freie Verfügung über ihren Besitz im Staatsgebiet Israels wieder gewährt hat?

Und weiter: Was fordert der Weltkongreß? Daß „zunächst durch die parlamentarischen Einrichtungen und später in einem ... internationalen Abkommen“ die Verantwortung Deutschlands für die von seinem Rechtsvorgänger, dem Hitler-Staat, verübten Greuel an den Juden formell anerkannt werde. — Und was fordert Israel? Daß auf Grund dieser Anerkennung eine „Reparationsschuld“ übernommen werde, die zunächst mit 1,5 Milliarden Dollar beziffert ist. — Wenn man das einmal ganz teilnahmslos kühl nachrechnet, sieht es so aus: Rund 6 Millionen Juden wurden umgebracht, davon rund 5,7 Millionen nichtdeutsche Juden, für welche also innerhalb Deutschlands keinerlei Wiedergutmachungs- und Rückerstattungsansprüche angemeldet werden können. Darüber hinaus sind weitere Hunderttausende ebenso wenig von heute geltendem Recht geschützten Juden schwerstens geschädigt worden. Die Hunderttausende von Überlebenden und die Millionen von Ermordeten gehören einer Gemeinschaft an, die jetzt einen staatlichen Ausdruck in Israel gefunden hat. Ist die Forderung unbillig, daß diesem Staate für jede vernichtete Existenz rund 250 Dollar, also rund 1000 DM von dem Staatswesen gezahlt werden soll, in dessen Namen jene Massen unter unsäglichen Qualen hingerichtet wurden? — Ich bin weit davon entfernt, als Nichtsachverständiger eine Meinung darüber zu äußern, ob die Bundesrepublik bei ihrer angespannten Finanzlage den geforderten Betrag ganz (oder anteilig gemeinsam mit der Ostzonen-Republik) aufbringen „kann“. Ich entsinne mich nur des Rates, den F. Siegmund-Schultze 1921 vor der Londoner Konferenz über Deutschlands Reparationsschuld dem damaligen Außenminister W. Simons gab: „Sprechen Sie in London von dem Elend des zerstörten Belgien und Nordfrankreich!“ Stattdessen sprach Simons von der geringen Zahlungsfähigkeit des geschwächten Deutschland und bot 30 Milliarden an; — 132 wurden von den Verärgerten gefordert; und zurückgekehrt rief Simons bei Siegmund-Schultze an: „Sie haben Recht gehabt!“

III.

In unbereuter Todsünde?

Zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen erklären Sie, es gebe darauf „keine Antwort aus dem Ressentiment, sondern nur aus der Vernunft, dem absoluten Willen zur Gerechtigkeit und zur Toleranz“. Dem kann man nur zustimmen, auch wenn man die Fragen grobenteils objektiv falsch gestellt findet (ohne damit Ihre wahrlich genug er-

wiesene subjektiv wohlwollende Absicht zu bezweifeln), — vorausgesetzt, daß Sie als Teil einer solchen vernunftgemäßen Antwort auch den Versuch einer Kritik der Fragen gelten lassen, wie er hier als Vorbedingung zu jeder brauchbaren Problemlösung von mir unternommen wurde. Die Dringlichkeit einer solchen Lösung aber muß ich nun abschließend noch sehr viel stärker betonen, als Sie es tun, wenn Sie über das Verhältnis zwischen Israel und Bundesrepublik schreiben, es sei „kein Problem von welt-politischem Rang, wenn man es in Vergleich setzt zu den Macht- und Existenzfragen, die in kontinentalem ja globalem Umfang aufgeworfen sind.“

Als Christ — nur als solcher habe ich mich in den letzten Jahren zum Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden geäußert, fühle ich mich also auch durch den Brief der Redaktion „Gegenwart“ zur Antwort aufgefordert — muß ich hier ganz offen gestehen, daß ich das Problem der Beziehungen zu Israel *heils- und darum weltgeschichtlich* jetzt und hier für das wichtigste — und übrigens in der Schlußphase des Besatzungsregimes nachgerade auch beinahe dringlichste — von allen „außenpolitischen“ Problemen der deutschen Bundesrepublik, des deutschen Volkes halte, und zwar in dem gleichen Sinne, in welchem Charles Péguy vor zwei Menschenaltern die öffentliche Aufhebung des Fehlurteils gegen Dreyfuß für unabdingbar wichtig hielt, weil er nicht wollte, wie er schreibt, „daß Frankreich im Zustand der Todsünde konstituiert würde“.

Es gibt noch Menschen, die für wichtig hielten, daß Deutschland nach Hitlers Sturz nicht im Zustand der unbereuten Todsünde rekonstituiert würde.

In der Hoffnung, daß sie zu diesen gehören, begrüße ich Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Karl Thieme.

Frankfurt am Main, den 3. 9. 1951.

Sehr verehrter Herr Professor,

... Ich hoffe, in dem Aufsatz über die *moralische* Seite, ich meine über unser, der Deutschen, moralisches Engagement, unmißverständlich gewesen zu sein. Ich war freilich, was die diplomatische Seite betrifft, nicht weniger deutlich, das heißt, ich vertrat und vertrete weiter die Auffassung, daß sich der Staat Israel, also nicht die Juden, die Juden in Israel, falsch verhält. Es gibt für die Moral und für die Politik nicht verschiedene Gesetze, oder es sollte sie wenigstens nicht geben. Wir jedenfalls, die wir Politik nicht im eigentlichen Sinne machen, sondern nur der Politik von Interessen oder Vorurteilen unbelastete Überlegungen zur Verfügung stellen — wir als Zeitschrift können die Dinge vielleicht schärfer trennen als die Diplomaten oder auch das Untrennbare schärfer behaupten.

Ich meine also, daß Ihr Brief, indem er das ganze Problem unter eine nicht so sehr moralische als vielmehr *theologische* Perspektive stellt, der von mir bezogenen Position nicht gerecht wird. Gerecht nicht im Sinne einer höheren Gerechtigkeit. Gerecht vielmehr im Sinne der objektiven Interpretation. Dieser Einwand entkräftet natürlich nicht im Geringsten Ihre Argumente als solche, und ich respektiere selbstverständlich die Kritik eines Menschen, der in dieser Frage vielleicht noch strenger sein kann als ich selbst, weil er den ganzen Komplex auch als aktiver Christ betrachten kann, was ich von mir nicht sagen darf.

Sie werden begreifen, daß ich Ihre Erinnerung an meinen Aufsatz über die Kollektivschuld — den zweiten Aufsatz, den ich in der „Gegenwart“ überhaupt geschrieben habe — mit besonderer Genugtuung registriere. Sie verstehen, daß sich an dieser Haltung nichts geändert hat, daß ich also auch nicht bereit bin, sie zu modifizieren oder einer Situation anzupassen, der gegenüber sie beinahe unhaltbar erscheinen könnte: eben dem Judenproblem gegenüber. Sie bestreiten zwar, daß die bewußte jüdische Forderung die Forderung nach der Ablegung eines kollektiven Schuldbekenntnisses sei. Sie ist es gewiß nicht in der Form, wie man es einmal von uns gefordert hat, damals, als ich meinen Aufsatz dagegen schrieb. Aber sie ist es in der Praxis. Sie ist es jedenfalls so lange, als sich der Staat Israel weigert, seine Ansprüche an keiner anderen Stelle geltend zu machen als bei uns selbst. Vielleicht war es nicht geschickt, daß die Deutsche Bundes-

regierung einen erheblichen Warenkredit angeboten hat. Aber es war nicht nur ungeschickt, sondern falsch, daß Israel diesen Kredit mit der Begründung ausgeschlagen hat, es sei eine Beleidigung.

Es ist gewiß keine Utopie, auch in der Politik einen höchstmöglichen Grad von *Gerechtigkeit* zu erzielen. Aber es ist eine Utopie, einem Staate die *Rechtmäßigkeit* seiner Existenz zu bestreiten, wenn sie einmal unwiderruflich geworden ist. Ich weiß, da erheben sich schwierige Fragen, und ich erinnere mich, daß ich selbst den nationalsozialistischen Staat nicht als einen rechtmäßigen Staat anerkannt und mich daher nie in einem Treueverhältnis zu ihm befunden habe. Aber der Staat Israel ist ja bereit, die Bundesregierung anzuerkennen und die von ihm geltend gemachten Reparationen in Empfang zu nehmen, wenn nur die Bundesrepublik, ihr Parlament, jene Erklärung abgibt, von der in der Deutschland-Resolution des jüdischen Weltkongresses die Rede ist.

Wenn ich noch einmal resümieren darf: Ich glaube, wir stimmen in der Grundauffassung überein, und der scheinbare Widerspruch besteht nur darin, daß Sie daraus theologische Konsequenzen ziehen, ich dagegen politische. Meinerseits in der Hoffnung, daß Sie mich wirklich zu denen zählen, von denen Sie am Schluß Ihres Briefes geschrieben haben, daß also nicht nur ich selbst mich zu Ihnen gehörig betrachte, begrüße ich Sie mit ausgezeichnete Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez. Dr. Haerdter.

Basel, den 6. September 1951.

Sehr geehrter Herr Dr. Haerdter,

haben Sie Dank für Ihre freundliche Antwort, durch deren Schlußwendung Sie die Hoffnung durchaus bestätigen, mit deren Ausdruck ich geschlossen hatte: Auch Sie wünschten, „daß Deutschland nach Hitlers Sturz nicht im Zustand der unbereuten Todsünde rekonstituiert würde“, wie sie an Millionen jüdischer Männer, Frauen, Greisen und Kinder im Namen Deutschlands begangen, aber noch von keiner im Namen der Deutschen Bundesrepublik zu sprechen befugten Instanz formell in dem Sinne anerkannt worden ist, daß die Rechtsnachfolger feierlich erklärt hätten: Unsre Rechtsvorgänger tragen die Verantwortung für dieses Verbrechen, also wir die für seine Wiedergutmachung nach besten Kräften.

Keinen Sachunterschied zwischen uns macht es aus, daß ich aus der uns gemeinsamen moralischen Auffassung „theologische Konsequenzen ziehe“. Ich muß dies um derjenigen christlichen Leser willen tun, die zu vergessen neigen, daß das ungeheuerliche Unrecht gegen die jüdischen Mitmenschen zugleich ungemessene Sünde gegen Gott ist. (Ihn kann — nach dem 1. Johannesbrief — nicht lieben, wer seinen Bruder haßt.) Wurde doch auf der kürzlichen Basler Konferenz europäischer Gruppen für christlich-jüdische Freundschaftsarbeit gar berichtet, es gebe in Österreich heute Christen, die das Argument: Wie könnt ihr als Leugner der heutigen deutschen Kollektivschuld zugleich an einer Kollektivschuld „der“ zeitgenössischen Juden für ein vor 2000 Jahren begangenes Verbrechen eines Bruchteils ihrer damaligen Vorfahren festhalten? — mit dem kaum glaublichen Satze beantworten: Die Juden vergingen sich an Gott, die Deutschen nur an Menschen! — Strittig zwischen uns bleibt eigentlich nur die Frage nach der diplomatischen Korrektheit im Vorgehen des Staates Israel. Denn Sie geben mir zu, daß die „Ablegung eines kollektiven Schuldbekenntnisses“ von diesem Staate „nicht in der Form, wie man es einmal von uns gefordert hat“, verlangt wird. Nur meinen Sie, es komme doch auf eine faktische Diskriminierung der Bundesrepublik heraus, daß Israel sich bisher geweigert habe, mit ihr direkt (statt über die Besatzungsmächte) zu verhandeln, und daß es einen angebotenen Warenkredit als „beleidigend“ ausschlug. — Ich antworte: Damit hätten Sie Recht, wenn bereits die vom Weltkongreß geforderte formelle parlamentarische Anerkennung der Verantwortlichkeit Hitler-Deutschlands für das Verbrechen, also seiner Rechtsnachfolger für die Wiedergutmachung vorläge. Da dies nicht der Fall ist, kann ich Ihre Vorwürfe an Israel nicht gelten lassen.

Vielmehr möchte ich hoffen, daß Sie aus der uns gemeinsamen moralischen Grundeinstellung die gleiche Folgerung anerkennen, die sich mir zwingend zu ergeben scheint:

Vor allem andern muß jetzt, ohne jeden weiteren Verzug im Stadium der wiederentstehenden Souveränität, jene formelle Verantwortlichkeitsübernahme durch die zuständigen Instanzen erfolgen. Dann muß sie von allen Menschen guten Willens aufgenommen werden, indem dieselben sich *Erich Lüths Bitte* zu eigen machen, die Bitte an Israel: „Gewährt uns Frieden!“ Ja, „von allen Kanzeln, Kathedern und Regierungsbänken Deutschlands sollte diese Bitte als Anruf an Israel und an die kleinste und verlorenste jüdische Restgemeinde in Deutschland herausgehen, so laut wie ein Schreil!“

Wo das geschieht — unter entschlossener Zurückstellung jeder Empfindlichkeit über etwaige diplomatische Verstöße der Gegenseite, die sich zu den vorangegangenen moralischen im eigenen Lager allenfalls wie der Splitter im Auge des Bruders zum Balken im eigenen verhalten —, da, nur da, wird das Bekenntnis zu der uns gemeinsamen moralischen Sicht der Sache glaubwürdig sein und Frucht tragen.

Mit dem Willen, an solcher Entwicklung noch nicht zu verzweifeln, und dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr ergebener
Karl Thieme.

8f) Zur Sinnfrage christlich-jüdischer Freundschaftsarbeit

Sehr geehrter Herr Professor Thieme,

Sie haben mich freundlicherweise gebeten, die menschlich so sympathische Tätigkeit der Bewegung für gegenseitiges Verständnis zwischen Christen und Juden, in der Sie tätig sind, durch publizistische Behandlung in der internationalen Presse aus einer Isolierung und einer Anonymität herauszuheben, in der weitgehend zu existieren sie leider gezwungen ist.

Ihr Schreiben wurde durch einen Artikel angeregt, den ich in der Basler „Jüdischen Rundschau“ unter dem Titel: „Gibt es noch deutsche Juden?“ geschrieben habe.

In diesem Artikel habe ich auf den tragisch zu nennenden Irrtum hingewiesen, der in Deutschland bereits wieder die objektive Analyse des so delikaten Problems der Beziehungen zwischen Deutschen und Juden zu deformieren droht.

Ich bin der Ansicht, und habe es in dem Basler Blatt mit Beweismaterial belegt, daß es völlig illusorisch ist, die eventuelle Versöhnung zwischen Deutschen und Juden im luftleeren internen Raum innerhalb der deutschen Grenzen zu behandeln.

Es ist ganz ohne Belang, eine Aussöhnung zwischen den Juden in Deutschland und den Deutschen herbeizuführen; ein Akkord könnte nur auf internationaler Basis abgeschlossen werden.

Die Formulierung „Juden in Deutschland“ ist übrigens bereits zu optimistisch.

Was sich noch oder wieder an Juden in Deutschland befindet, zeigt bereits die Symptome der Auflösung, der Assimilation, die in diesem Falle in letzter Konsequenz, die völlige Selbstaufgabe bedeutet.

Ich habe meinen Artikel mit diesen Sätzen beendet:

„Noch einmal ist das jüdische Problem in Deutschland Ursache eines Irrtums. Es gibt keine Juden mehr in Deutschland. Es gibt nur eine Nachhut von Menschen dort, die ihnen ähneln.“

Wer sich ernsthaft bemüht, den unendlichen Wall der Schwierigkeiten langsam abzutragen, muß sich woanders hinwenden... Vielleicht wird es einmal in fernerer Zeit gelingen...

Und hier, sehr verehrter Herr Professor Thieme, liegt die Quelle der Skepsis, die ich Ihnen menschlich so noblen Bemühungen um eine Annäherung zwischen Deutschen und Juden gegenüber empfinde.

Der Großteil der Deutschen quittiert Ihre idealistischen Bestrebungen mit Indifferenz und mit Feindseligkeit, die Juden begegnen Ihrem Koordinierungsrat mit Mißtrauen. Die Basis Ihrer Tätigkeit ist zu eng, Ihre Zielsetzungen sind zu abstrakt, Sie erschöpfen sich im Theoretischen. Sie sind Theologe und ich bin der Letzte, der für Ihre These der Fixierung der gemeinsamen religiösen Werte nicht ehrliche menschliche Achtung empfinden würde.

Aber das Judentum von heute ist weit mehr als ein historisch-moralischer Faktor, als eine Art respektgebietendes Museum der Religionsgeschichte.

Es ist eine lebendige, vielfache, sehr heterogene und von den widerspruchsvollsten Kräften gespeiste Einheit, mit all den modernen Krisenerscheinungen soziologischer, gesellschaftlicher und intellektueller Natur, die unser 20. Jahrhundert in einem profund-revolutionären Sinne aufwühlen.

Sie plädieren, in sauberster gelisteter Ehrlichkeit und mit dem schönen Enthusiasmus des gläubigen Humanisten für dieses im Deutschland der Nazi-Jahre tausendfach gefolterte Judentum.

Dieses Plädoyer ist, objektiv gesehen, durch die Entwicklung überholt; das Judentum, legitim repräsentiert durch seinen Staat Israel, plädiert durch die bereits historisch gewordenen Fakten seiner Leistungen für sich selbst.

Sie versuchen, durch eine theologisch-religions-philosophische Klammer Bindungen zu schaffen, die nur auf einer völlig anderen Plattform realisierbar sein könnten.

Wenn Sie, mit Ihrer so respektablen Bewegung in die Tiefe wirken wollen, so dürfen Sie nicht allein durch die Suggestion des vorchristlichen jüdischen Beispiels breitere Schichten des deutschen Volkes für die Ideen der Toleranz und für die Gefühle philosemitischer Sympathien zu gewinnen versuchen.

Um wirklich erfolgreich zu sein, müßten Sie, das heißt Ihre Organisation, nicht einen Aspekt des jüdischen Problems sehen, sondern seine fast anarchische und doch so harmonische und konsequente Vielfalt.

Um es präziser zu sagen: es gilt nicht mehr, verstaubte und unsinnige Vorurteile zu besiegen, sondern zu einem völlig neuen Urteil auf Grund endgültig gewandelter Bedingungen zu kommen.

Das schließt keineswegs aus, daß Ihre Tätigkeit wesentlich und wertvoll ist und daß sie ethisch gewertet, sehr hoch eingeschätzt werden kann.

Aber es gibt noch etwas, sehr verehrter Herr Professor, was einem Juden an Ihren Bestrebungen als ein psychologischer Fehlschluß erscheinen kann.

Ihre Arbeit hat im Wesentlichen deutsche Interessen. Wenn sie für Toleranz und Verständnis wirbt, so dient sie dem Erwecken brutal erdrosselter Sympathien für jenes bessere Deutschland, das noch immer unter der Last von 6 Millionen gemordeter Juden begraben liegt.

Das ist gewiß eine schöne und begrüßenswerte Aufgabe. Aber es gibt keine jüdischen ideellen Interessen mehr in Deutschland. Es gibt nur unbekannte Gräber und Erinnerungen.

Sie verteidigen die Juden gegen die Blindheit der Unverbesserlichen, die noch zahllos sind.

Diese Verteidigung war eine Verpflichtung der Tagesarbeit vor 1933.

Damals hatte sie Sinn und einen immensen materiellen Wert.

Die Juden brauchen heute keine Verteidigung in Deutschland; sie sind in Wahrheit inexistent in diesem Land. Die Rollen haben ein wenig gewechselt; sie kommen als Fordernde, als Ankläger.

Als Ankläger solange, als die elementarsten Verpflichtungen zur ideellen und materiellen Wiedergutmachung nicht erfüllt worden sind.

„Wiedergutmachung“ ist, beim Blick in den Abgrund und bei der Hypothek der Gasöfen, gewiß ein hilfloses und lückenhaftes Wort.

Aber diese Wiedergutmachung ist immerhin die Voraussetzung dafür, daß Ihre so verdienstvollen Ideale die Möglichkeit haben, vielleicht eines Tages Realität werden zu können.

Ich danke Ihnen, sehr verehrter Herr Professor, für den menschlich so sympathischen Brief, den Sie mir geschrieben haben und ich bitte Sie, versichert zu sein, daß ich aus ehrlichem Herzen Respekt für die Gesinnung empfinde, die Sie auf einem so isolierten Posten täglich mit bemerkenswerter Kühnheit unter Beweis stellen.

Aber persönliche Wertschätzung und sachliche Diskussion der Probleme der Stunde sind Dinge, die oft zu sehr gegensätzlichen Schlußfolgerungen führen.

Ihr ganz ergebener
Kurt Kaiser-Bluth.
Ende Oktober 1951.

Sehr geehrter Herr Kaiser-Bluth,

Verzeihen Sie bitte, wenn ich erst jetzt im Herbst zu Ihrer freundlichen „Offenen Antwort“ auf meinen Brief vom Frühjahrsanfang Stellung nehme; so spät zum Teil aus